BGH: Zulässige identifizierende Bildberichterstattung im Zusammenhang mit Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg

GG Art. [1 I](#), [2 I](#), [5 I](#); BGB § [1004 I 2](#); KUG §§ [22](#), [23](#)

1. Zum Begriff des Bildnisses im Sinne von § [22 S. 1 KUG](#).
2. Zur Zulässigkeit einer identifizierenden Bildberichterstattung im Zusammenhang mit der Berichterstattung über Ausschreitungen anlässlich des Treffens der Gruppe der zwanzig führenden Industrie- und Schwellenländer Anfang Juli 2017 in Hamburg (G20-Gipfel).

BGH, Urteil vom 29.09.2020 - [VI ZR 449/19](#) (OLG Frankfurt a. M.), GRUR 2021, [106](#)

Anmerkung von Prof. Dr. Georgios Gounalakis**1. Problembeschreibung**

Die Beklagte veröffentlichte den auf der Titelseite der Bildzeitung vom 10.7.2017 angekündigten Beitrag „Gesucht! Wer kennt diese G20-Verbrecher?“, in dem es heißt: „*Zeugen gesucht! Bitte wenden Sie sich an die Polizei.*“ In den insgesamt 13 den Text einrahmenden Bildnissen werden Personen im Zusammenhang mit den G20-Ausschreitungen in Hamburg gezeigt. Darunter befinden sich auch zwei Bildnisse der Klägerin. Ihr Bildausschnitt mit dem Kopf ist vergrößert während sie den Bereich vor dem Drogeriemarkt Budnikowsky mit Lebensmitteln verlässt. Auf dem großen Bild ist sie als nicht vermummte Person in leicht gebückter Haltung und gesenktem Kopf von hinten zu sehen, wie sie Lebensmittel vor dem Drogeriemarkt an sich nimmt. Das kleine Bild zeigt sie von vorne und schräg oben mit etwa zur Hälfte verdecktem Gesicht. Die Abbildungen sind wie folgt untertitelt: „Der Wochendend-Einklau? Wasser, Süßigkeiten und Kaugummis erbeutet die Frau im pinkfarbenen T-Shirt im geplünderten Drogeriemarkt“. Den inhaltsgleichen Artikel mit denselben Bildnissen veröffentlichte die Beklagte auf ihrer Internetseite [www.bild.de](#). Hierzu ist die inhaltsgleiche Entscheidung des *BGH* mit Ur. v. 29.9.2020 - [VI ZR 445/19](#), GRUR-RS 2020, [26493](#), ergangen. Das *LG* hat der Beklagten untersagt, die Klägerin im Zusammenhang mit der Suche nach den G20-Verbrechern durch die oben beschriebenen Bildnisse erkennbar zu machen. Das *OLG* hat die Berufung der Beklagten zurückgewiesen. Die Revision verfolgt den Klageabweisungsantrag der Beklagten weiter und hatte Erfolg.

2. Rechtliche Bewertung

Der *BGH* verneint zu Unrecht einen Unterlassungsanspruch der Klägerin aus § [1004 I 2](#) BGB analog iVm § [823 I](#) und [II](#) BGB, Art. [2 I](#), [1 I](#) GG. Der Anwendbarkeit der §§ [22](#), [23](#) KUG stehe die Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) nicht entgegen (dazu bereits *BGH* NJW 2020, [3715](#) = GRUR 2021, [100](#) und *BGH* GRUR-RS 2020, [24014](#)). Die Zulässigkeit der Bildberichterstattung beurteile sich dann nach dem abgestuften Schutzkonzept der §§ [22](#), [23](#) KUG (1. Stufe: Einwilligung, 2. Stufe: Bildnis aus dem Bereich der Zeitgeschichte, 3. Stufe: Berechtigte Interessen des Abgebildeten).

Zunächst bejaht der *BGH* „das Bildnis einer Person“. Dazu gehöre nicht notwendig „die Abbildung der Gesichtszüge“. Es genüge, „wenn der Abgebildete, mag auch sein Gesicht kaum oder gar nicht erkennbar sein, durch Merkmale, die sich aus dem Bild ergeben und die gerade ihm eigen sind, erkennbar ist“ (Rn. 19). Das Recht am eigenen Bild werde „schon dann beeinträchtigt, wenn der Abgebildete begründeten Anlass hat, anzunehmen, er könne als abgebildet identifiziert werden.“ Ebenso wenig werde verlangt, „dass schon der nur flüchtige Betrachter den Abgebildeten auf dem Bild erkennen kann.“ Es genüge bereits „die Erkennbarkeit durch einen mehr oder minder großen Bekanntenkreis.“ Entscheidend sei „der Zweck des § [22](#) KUG, die Persönlichkeit davor zu schützen, gegen ihren Willen in Gestalt der Abbildung für andere verfügbar zu werden“ (Rn. 19). Bei den Bildnissen handele es sich um Personenbildnisse, weil die Klägerin „jedenfalls die begründete Befürchtung haben konnte, von ihren Freunden und Bekannten in Kombination beider Fotografien anhand ihrer Körperform und -haltung, Frisur und Gesichtsform erkannt zu werden“ (Rn. 20). Dieser Einschätzung ist durchaus zuzustimmen.

Auch handele es sich um Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte (§ [23 I](#) Nr. 1 KUG). Seit der *Caroline von Hannover I*-Entscheidung des *EGMR* aus dem Jahre 2004 (NJW 2004, [2647](#)) nimmt der *BGH* bereits auf der 2. Stufe eine Abwägung zwischen dem Persönlichkeitsschutz (Art. [2 I](#), [1 I](#) GG, Art. [8 I](#) EMRK) und dem Informationsbedürfnis der Allgemeinheit, dem die Presse Rechnung trägt (Art. [5 I](#) GG, Art. [10 I](#) EMRK), vor (Rn. 22 u. 23). „Je größer der Informationswert für die Öffentlichkeit ist, desto mehr“ müsse „das Schutzinteresse desjenigen, über den informiert wird, hinter den Informationsbelangen der Öffentlichkeit zurücktreten.“ Umgekehrt wiege „der Schutz der Persönlichkeit des Betroffenen desto schwerer, je geringer der Informationswert für die Allgemeinheit“ sei (Rn. 24). Für die Gewichtung des Persönlichkeitsschutzes berücksichtige die *Rspr.* weiter „den Anlass der Berichterstattung und die Umstände, unter denen die Aufnahmen entstanden sind“ und „in welcher Situation der Betroffene erfasst und wie er dargestellt wird“ (Rn. 25).

Hier geht es im Kern um die identifizierende Berichterstattung über ein geringes Fehlverhalten einer Privatperson, die nicht in der Öffentlichkeit steht. Dabei erkennt der *BGH* zutreffend, „dass eine solche Berichterstattung in ihr Persönlichkeitsrecht eingreift, weil sie ihr Fehlverhalten öffentlich bekannt macht und sie in den Augen der Öffentlichkeit negativ qualifiziert“ (Rn. 26). Allerdings misst der *BGH* diesem Umstand nicht genügend Bedeutung zu. Zwar verdient „für die tagesaktuelle Berichterstattung über Straftaten“ das Informationsinteresse im Allgemeinen den Vorrang. „Wer den Rechtsfrieden erheblich bricht und durch die Tat und ihre Folgen Menschen bzw. Rechtsgüter der Gemeinschaft angreift oder verletzt, muss grundsätzlich dulden, dass „das von ihm selbst erregte Informationsinteresse der Öffentlichkeit befriedigt wird“ (Rn. 26).

Ob indes eine identifizierende Berichterstattung auch bei „geringen Verfehlungen“ gerechtfertigt ist, hätte der *Senat* näher thematisiert müssen. Das Aufsammeln und an sich nehmen von fremden beweglichen Sachen vor dem Drogeriemarkt stellt nur ein geringes Vergehen der Klägerin dar. Der Warenwert (Wasser, Süßigkeiten und Kaugummis) dürfte unter 10 Euro gelegen haben. Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren wegen geringer Schuld, und weil kein öffentliches Interesse an der Verfolgung bestanden hat, gem. § 153 I StPO eingestellt (Rn. 6). Wenn der *BGH* die Bildberichterstattung über eine geringfügige Verfehlung mit der Zulässigkeit der Berichterstattung über Straftaten gleichsetzt, dann ist das unverhältnismäßig. Zwar erkennt der *BGH* durchaus, dass „die Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts“ „im angemessenen Verhältnis zur Schwere des Fehlverhaltens und seiner sonstigen Bedeutung für die Öffentlichkeit stehen“ muss (Rn. 26), leitet daraus aber die falschen Schlussfolgerungen ab. Ein an sich geringeres Interesse der Öffentlichkeit an Informationen über leichte Verfehlungen wie im vorliegenden Fall, will der *BGH* wegen der „Besonderheiten etwa in der Person des Täters, der Art der Verfehlung oder des Tathergangs“ dann doch in einem Maße gesteigert wissen, „dass das Interesse des Täters an einem Schutz seiner Persönlichkeit dahinter zurückzutreten“ habe (Rn. 26).

„Eine identifizierende Berichterstattung über derartige Verfehlungen“ könne dann „durchaus geeignet sein, Ideen und Informationen zu Fragen von allgemeinem Interesse zu vermitteln“ und eine gesellschaftliche Diskussion hierüber anzustoßen oder zu vertiefen (Rn. 26). Diese an sich richtige Prämisse wendet der *BGH* indes falsch an und bejaht letztlich einen erheblichen Informationswert der gesamten Berichterstattung, auch bezüglich der identifizierenden Bildberichterstattung über die Klägerin, weil die Berichte „über massive Ausschreitungen im öffentlichen Raum anlässlich des G20-Gipfels von hohem Informationswert für die Allgemeinheit“ seien (Rn. 27-30). Demgegenüber wiege die Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts der Klägerin weniger schwer (Rn. 31-34).

Damit verkennt der *BGH* freilich Tragweite und Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, der bei der Güterabwägung zu berücksichtigen ist. Sicherlich ist dem *BGH* zuzugeben, dass die Ausschreitungen von hohem Informationswert sind. Die Berichterstattung zielt aber nicht nur darauf, die gewalttätigen Ausschreitungen beispielhaft zu beschreiben. Ihre Stoßrichtung ist vielmehr auch eine Prangerwirkung. Die Öffentlichkeit soll an der Aufklärung der Straftaten und der Identifizierung der an den Ausschreitungen beteiligten Personen mitwirken. Dies belegt die Überschrift des Textbeitrags: „Zeugen *Gesucht!* Bitte wenden Sie sich an die Polizei.“ In Bezug auf schwere Straftaten bzw. bei Straftaten von erheblichem Gewicht (Verbrechen also) mag ein privater Fahndungsaufruf rechtlich zulässig sein.

Ob aber die identifizierende Bildberichterstattung auch bei geringen Vergehen zulässig ist, ist fraglich. Das Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls ist wegen geringer Schuld eingestellt worden. Der Klägerin konnte weder ein Tatbeitrag zum schweren Landfriedensbruch noch zum Einbruchdiebstahl bzw. zur Sachbeschädigung (Einschlagen der Eingangstür und Schau-fensterscheiben des Drogeriemarktes) nachgewiesen werden. Ihr einziges Fehlverhalten besteht darin, dass sie vor dem Drogeriemarkt liegende geringwertige Verbrauchsgüter des täglichen Lebens aufhebt und an sich nimmt. Die Bildunterschrift, die Klägerin habe sich im Drogeriemarkt aufgehalten (Wochendend-Einklau? ... erbeutet die Frau...im geplünderten Drogeriemarkt“), ist insoweit eine falsche Tatsachenbehauptung, die der *BGH* zwar erkennt, aber nicht richtig würdigt. Sie hatte den Drogeriemarkt unstreitig nicht betreten. Der *Senat* hätte dies zugunsten der Klägerin werten müssen. Dass die Klägerin die durch die Ausschreitungen entstandene chaotische Situation ausnutzte und im fremden Eigentum stehende Waren an sich nahm und sich aneignete, ist sicherlich ein Fehlverhalten. Es ist allerdings ein Vergehen und kein Verbrechen, anders als der Aufmacher der Bildzeitung suggeriert („Gesucht! Wer kennt diese G20-Verbrecher?“). Ihr Vergehen ist gerade keine Straftat von erheblichem Gewicht, das die durch den Artikel und die Bildberichte verfolgte Hetzjagd auf sie rechtfertigt. Zur Dokumentation über das Ausmaß der Ausschreitungen hätte genügt, wenn die Klägerin als eine Person unter vielen abgebildet worden wäre, ohne Vergrößerung des Kopfes und unter Verwendung von schwärzenden Balken. Mit anderen Worten: Indem der *BGH* die Identifizierung der Klägerin in Verbindung mit dem privaten Fahndungsaufruf erlaubt, lässt er es zu, dass mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Die durch den Bildbericht ausgelöste Hetzjagd auf sie stellt eine schwere Persönlichkeitsverletzung dar, die der *BGH* leider verkennt. Sie wird auf eine Stufe gestellt mit Schwerkriminellen und chaotischen Gewalttätern. Und anders als der *BGH* meint, kann die Bildveröffentlichung auch deshalb zu einer Stigmatisierung, Ausgrenzung und Prangerwirkung der Klägerin führen, weil sie von Personen in ihrem Umfeld erkannt wird und deshalb Gefahr läuft wegen ihres Fehlverhaltens geächtet zu werden.

3. Praktische Folgen

Die *BGH*-Entscheidung bringt zwei Neuerungen: Erstens: Ein Personenbildnis zeichnet nicht notwendig „die Abbildung der Gesichtszüge“ aus. Der *BGH* lässt vielmehr zu Recht bereits genügen, wenn der Abgebildete „durch Merkmale, die sich aus dem Bild ergeben und die gerade ihm eigen sind, erkennbar ist.“ Dies hat selbst dann zu gelten, wenn das Gesicht kaum oder gar nicht erkennbar ist. Zweitens: Personenbildnisse, die im Zusammenhang mit schweren öffentlichen Ausschreitungen stehen, können im Zuge „tagesaktueller Berichterstattung über Straftaten und ähnliche Verfehlungen“ künftig identifizierend veröffentlicht werden, weil der *BGH* diese Bildnisse als zeitgeschichtliches Ereignis mit hohem Informationswert iSd § 23 I Nr. 1 KUG einstuft. Insoweit wird indes der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz verletzt, weil der *BGH* bei der Abwägung auf der 2. Stufe den Informationswert in Bezug auf eine an Ausschreitungen nur in geringem Maße beteiligte Privatperson überbewertet und ihr berechtigtes Interesse auf Anonymität verkennt. Dem legitimen Informationsinteresse der Öffentlichkeit wäre durch eine nichtidentifizierende Bildberichterstattung als milderem Mittel ebenso gedient.

Professor *Dr. Georgios Gounalakis* ist Inhaber der Professur für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung und Medienrecht an der Philipps-Universität Marburg.